

Parlamentarier sind empört und fordern ein Ende der „unwürdigen Inszenierung“

Öffentliches Interesse wächst – Verteidigung thematisiert Verwicklung von *Elbit Deutschland* sowie der deutschen Regierungen in den Genozid in Gaza und benennt Zeugen

Verena Rajab, palaestinakomitee-stuttgart.de, 31.07.26

Die *Ulm5* befinden sich jetzt 11 Monate in Untersuchungshaft und der bei jedem Gerichtstermin geführte Kampf der Verteidigung gegen die Kriminalisierung der Angeklagten stößt nach wie vor auf kompromisslosen Widerstand nicht nur bei den Staatsanwälten, sondern auch bei den Richtern. Die Empörung über die Prozessführung steigert das öffentliche Interesse, wie im Juli deutlich wurde. Gleichzeitig bringt die Verteidigung immer konkretere Anträge zum eigentlichen Thema des Prozesses ein, der Verwicklung der BRD und des israelischen *Elbit*-Konzerns in den Genozid in Gaza, der die *Ulm5* zur Sabotageaktion in der Rüstungsfirma *Elbit* in Ulm veranlassten.

Eine Delegation irischer Parlamentarier, die im Juli Daniel im Gefängnis besuchen und am 22. Juli auch den Prozess beobachteten, äußerten sich alle erschrocken über die Haftbedingungen. Genauso fiel die Reaktion auf die Prozessführung aus, nachdem die irischen Parlamentarier am 22. Juli die Verhandlung in Stammheim besucht hatten.

Nach langer Untersuchungshaft und einer Behandlung der Angeklagten, die bei gefährlichen Kriminellen angebracht ist, aber nicht bei Aktivisten, die lediglich Sachschaden begangen haben und sich widerstandslos verhaften ließen, machen sich Folgen für die Gesundheit bemerkbar. Auch hier müssen Verteidigung und Angeklagte um ihre Rechte kämpfen.

Einige Vorstöße benötigte Zos Anwältin Nina Onér, bis das Gericht auf die Information darüber reagierte, dass sich bei Zo wegen der stundenlangen Fesselung an Händen und Füßen während des Transports zwischen Gefängnis und Prozessort anhaltende Schmerzen bis zu Taubheitsgefühle an den Händen bemerkbar machen.

Auch Daniel hat infolge des stundenlangen Tragens von Handschellen während des Transports Hämatome an den Unterarmen. Nachrichten ans Gericht genügten nicht, um die Qual während den Fahrten zwischen Gefängnis und Prozessort Stammheim abzustellen, informierte Onér. Erst als die Verteidigung in der öffentlichen Verhandlung am 29. Juli darauf und auf die Möglichkeit längerfristiger Gesundheitsschäden für die betroffenen Angeklagten aufmerksam machte, beauftragte

Richterin Kathrin Lauchstädt die Rechtsmedizinerin Dr. Melanie Hohner von *GRUS Tübingen* (Gesellschaft für Rechtsmedizinische Untersuchungen und Sachverständigentätigkeit mbH). Die Ärztin riet nach der Begutachtung zu einer geänderten Fesselungsmethode. Die Anwälte stellten Anträge, die nicht zu rechtfertigende Fesselung aufzugeben, über die noch entschieden werden muss.

Parlamentsabgeordnete werden aktiv

23 Stunden isoliert in der Zelle, eine Stunde Besuchszeit pro Monat für den irischen Staatsbürger Daniel in der Untersuchungshaft – eine Delegation irischer Parlamentarier, die im Juli Daniel im Gefängnis besuchen und am 22. Juli auch den Prozess beobachteten, äußerten sich alle erschrocken über die Haftbedingungen. Genauso fiel die Reaktion auf die Prozessführung aus, nachdem die irischen Parlamentarier am 22. Juli die Verhandlung in Stammheim besucht hatten. Handschellen für Angeklagte, bei denen auch das Gericht nicht davon ausgeht, dass von ihnen eine Gefahr ausgeht, eine Sitzordnung, bei der die Angeklagten sich hinter Sicherheitsglas getrennt von ihren Anwälten aufhalten müssen, fiel den ausländischen Beobachtern negativ auf.

Die Mitglieder der irischen Delegation entstammen einem breiten politischen Spektrum. Zu ihnen gehören die Sozialdemokratin Senatorin Patricia Stephenson vom irischen Oberhaus, Barry Ward von der liberal-konservativen *Fine Gael*-Partei, Duncan Smith (Labour), Mairéad Farrell (Sinn Féin), Ruth Coppinger und Richard Boyd Barrett (beide *People before Profit-Solidarity*) sowie die Europarlamentarierin Lynn Boylan (*Sinn Féin*). Auch den fünf irischen Parlamentariern wurden beim Besuch des Prozesses das Mitschreiben verweigert. „Show-Prozess“, „Rechte, die mit Füßen getreten“ würden lautete dementsprechend das Urteil der Iren, die darauf drängen wollen, dass die irische Regierung das Vorgehen in Stammheim beobachtet. Die irische Parlamentariergruppe will auch die Entlassung aus der Untersuchungshaft erreichen.

Als besonders empörend registrierten die internationalen Beobachter, dass der Umgang mit den *Ulm5* härter ist als der mit Angehörigen des „militärischen Arms“ der ultrarechten Reichsbürger. Gegen diese Gruppe wird gleichzeitig in Stammheim verhandelt, sie sind angeklagt wegen eines geplanten Umsturzes mit Waffengewalt und dürfen während der Verhandlungspausen in den Zellen mit ihren Anwälten am Tisch sitzen, was den *Ulm5* verwehrt wird. Die in Irland führende Tageszeitung *Irish Times* berichtet regelmäßig kritisch über den Prozess und begleitete auch die Initiative der irischen Parlamentarier journalistisch. ¹

Aktiv geworden wegen der zweifelhaften Prozessführung sind inzwischen auch einige deutsche Politiker. Die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke (Partei *Die Linke*) besuchte den Prozess, verurteilt den Umgang mit den *Ulm5* sowie die Prozessführung als „unwürdig“. Mit den *Ulm5* solidariert sich auch der Bundestagsabgeordnete Vinzenz Glaser (Partei *Die Linke*). In einem von den deutschen Europaabgeordneten (MEPs) Özlem Demirel, Martin Günther (beide Partei *Die Linke*),

Martin Sonneborn ((*Die Partei*, ehemaliger Chefredakteur von *Titanic*) und Erik Marquardt (*Bündnis 90/Die Grünen*) mit Europarlamentariern aus anderen Ländern unterzeichneten offenen Brief an die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen sowie an das irische EU-Kommissionsmitglied Michael McGrath gerichteten geht es unter anderem um die Sorge, dass die Unschuldsvermutung und die Sicherstellung der Kommunikation mit der Verteidigung verletzt wird. Die Parlamentarier befürchten eine Parteilichkeit der Richter und kritisieren die Haftbedingungen mit langer Isolation, eingeschränkter Kommunikation und unzureichender medizinischer Versorgung. Der Satiriker und Europaabgeordnete Martin Sonneborn besuchte am 29. Juli ebenfalls den Prozess und solidarisierte sich anschließend mit den Angeklagten.

***Elbit*, die deutsche Politik und der Genozid in Gaza**

Wie früher bereits deutlich wurde, versucht die Staatsanwaltschaft den völkerrechtlichen Aspekt, der die Angeklagten erst zu ihrem Vorgehen gegen *Elbit Deutschland* veranlasst hat, völlig aus dem Prozess auszuklammern. Verstärkt versucht dagegen die Verteidigung diesen Aspekt einzubringen und den Nachweis darüber zu führen, dass sich die Angeklagten auf das Recht der Notwehr für andere auf der Grundlage des §32 STGB berufen können. Rechtsanwalt Mathes Breuer beantragte am 22. Juli 2026 den Chief Executive Officer (CEO) von *Elbit Deutschland* Marian Rachow als Zeuge zu laden. Er habe veranlasst, dass *Elbit Deutschland* wesentliche Technik liefert, obwohl ihm bekannt war, dass die israelische Armee in Gaza schwere Kriegsverbrechen bis zum Völkermord begeht und dass die Produkte von *Elbit Systems* dabei eingesetzt werden.

Einer der zahlreichen Nachweise, die Breuer als Beleg für die Missachtung des Völkerrechts durch *Elbit Deutschland* als Ausrüster der israelischen Armee nannte, ist der Angriff auf einen Konvoi der *World Central Kitchen-Hilfsorganisation* am 1. April 2024, der weltweit große Aufmerksamkeit erlangte. Dabei wurden 7 Mitarbeiter der Hilfsorganisation getötet. Inzwischen ist die Verantwortung der israelischen Armee für den Vorfall eindeutig bestätigt, bei dem eine von *Elbit* produzierte bewaffnete Hermes 450-Drohne für die Bombardierung eingesetzt wurde. Der Angriff geschah drei Tage, nachdem der Internationale Gerichtshof den Staat Israel dazu verpflichtet hatte, die ungehinderte Lieferung von Hilfsgütern in den Gazastreifen sicherzustellen.

Rechtsanwalt Benjamin Düsberg erläuterte in einem weiteren Antrag am 29. Juli 2026 sehr konkret die direkte Verwicklung von *Elbit* in Ulm in den genozidalen israelischen Krieg in Gaza. Er beantragte die Verlesung von Dokumenten, die mehrere Lieferungen von SDR-Funkgeräten (Softwaredefinierten Funkgeräten) von *Elbit Ulm* zu israelischen *Elbit*-Niederlassungen belegen. Diese Funkgeräte werden von der israelischen Armee in Gaza eingesetzt, um Truppen und Fahrzeuge effektiv zu vernetzen. Ruth Rhode von *Shadow World Investigations, England*, der von Andrew Feinstein gegründeten international bekannten NGO, die zu Waffenhandel und Korruption recherchiert, soll als weitere Zeugin die Bedeutung dieser Exporte erläutern. In der Begründung des Antrags erläuterte Düsberg sehr detailliert den Beitrag der *Elbit* Niederlassung in Ulm zum israeli-

schen genozidalen Krieg in Gaza sowie zu den rechtlichen Konsequenzen, die dies für den Stammheimer Prozess hat.

Rechtsanwältin Maja Beisenherz will die beiden Führungsmitglieder des Unternehmensteils Elbit Deutschland Jan Erbe und Haim Delmar als Zeugen laden. Beide sind für den Bereich der digitalen Techniken zuständig, die häufig bei Kriegsverbrechen unter anderem den israelischen eingesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft wollte sich zu den Anträgen zunächst schriftlich äußern, wobei die Stellungnahme im Prozess verlesen werden soll. Die Vorsitzende Richterin Lauchstädt betonte, dass über die Anträge noch nicht entschieden sei. Damit bleibt weiterhin offen, ob der zentrale politische Aspekt des Verfahrens, den ausschließlich die Verteidigung verfolgt, wirklich die notwendige Geltung bekommt.

Aktionen gegen Lieferanten von Drohnenmotoren an *Elbit* in Österreich

Die Proteste und Aktionen gegen die israelische Kriegsmaschinerie in Gaza gehen trotz aller Repression gegen die Aktivisten weiter. Im oberösterreichischen Gunskirchen stürmten Ende Juli Aktivisten die Firma *Rotax* und besetzen das Dach des Unternehmens. *Rotax* stellt unter anderem die Motoren der israelischen Drohnen her, die im Gazakrieg eingesetzt werden und beliefern *Elbit* sowie Israel Aerospace Industries. Die Aktivisten fordern die Beschränkung der Produktion auf zivile Güter. Die österreichische Anwältin Astrid Wagner zeigte *Rotax* außerdem bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft des Landes an wegen des vermutlich wissentlichen Verkaufs von Antriebssystemen über Zwischenhändler an *Elbit* und andere Rüstungskonzerne. Diese Motoren gelten als Rüstungsgüter und ein Export muss vom österreichischen Innenministerium genehmigt werden.

Die empörende Verletzung von internationalem und nationalem Recht, das Kriegsverbrechen sowie Genozide verhindern soll, vor allem durch die deutsche Politik, weist auf die Machtinteressen hin, die mit der engen Zusammenarbeit mit dem Staat Israel verfolgt werden. Damit hat die Auseinandersetzung, die Verteidigung und Angeklagte im Stammheimer Gericht führen, eine wesentliche Bedeutung für die Stärkung der Menschenrechte sowie die Abwehr imperialer Kriege.

1 Livestream JW 22.7.2026 der Pressekonferenz mit den irischen Parlamentariern in Stammheim
<https://www.youtube.com/watch?v=RBqHnvKxo2Q>

Mairéad Farrell (Sinn Féin) nach dem Besuch bei Daniel im Gefängnis
<https://www.instagram.com/reels/DbGwLUmC-Yd/>

Nicole Gohlke nach dem Prozessbesuch <https://www.instagram.com/p/DbXmWCEoXCV/>

Martin Sonneborn nach dem Prozessbesuch
https://www.facebook.com/reel/961681066254240?locale=de_DE

Offener Brief an Ursula von der Leyen
https://www.instagram.com/p/Daz6SegANGp/?img_index=1

Wie *Elbit Ulm* in den Genozid in Gaza verwickelt ist – Auf der Grundlage des am 29. Juli 2026 verlesenen Antrags der Verteidigung

Das investigative irische Online-Portal *The Ditch* weist nach, dass *Elbit* in Ulm im Jahr 2025 mindestens siebenmal Militärgüter an Schwesterunternehmen im Staat Israel geliefert hat. Entsprechende Lieferscheine liegen den Anwälten der *Ulm5* vor. Auch für 2026 hat *The Ditch* Rüstungslieferungen von *Elbit Ulm* an israelische Tochtergesellschaften von *Elbit* aufgedeckt.

„SDR-Funkgeräte“ („Software-Defined Radio“) gehören zum Spezialgebiet von *Elbit-Systems Deutschland*. Die Geräte werden unter anderem von der israelischen Armee genutzt. Nach Angaben von *Elbit* hat das israelische Kriegsministerium im Dezember 2024 im Wert von 130 Millionen US-Dollar für die israelische Armee bei dem Unternehmen bestellt. Wie der Vorstandsvorsitzenden von *Elbit Systems Ltd.* Erklärt werden Luft- und Landsysteme über Funk in ein integriertes System eingebunden. Dies würde auch in den „jüngsten Kriegen“ geschehen.

Elbit Systems Deutschland hat während des fortdauernden völkerrechtswidrigen Vorgehens im Gazastreifen von Ulm aus Rüstungsgüter wie in sämtlichen Waffensystemen verbaute SDR-Technik, Zielerfassungssysteme, Laserwarnsysteme, Laserzielmarkierer, optische Instrumente sowie Sende- und Empfangsgeräte in den Staat Israel exportiert. Der Konzern gibt an Sensoren, Kommunikation, Drohnen und andere Waffensysteme zu „vernetzten Gefechtslösungen“ zu verknüpfen. Die Fähigkeiten digitalisierter und vernetzter Gefechtsführung haben den KI-gestützten und dadurch über menschliche Entscheidungsfähigkeiten hinaus enorm beschleunigten Massenmord in Gaza massiv unterstützt. Wichtige Komponenten hierfür werden in Ulm produziert und in den Staat Israel geliefert.

Wie die vom Menschenrechtsrat der UN eingesetzte unabhängige Untersuchungskommission am 16. September 2025 feststellte, begeht der Staat Israel einen Völkermord. Unter anderem fand die Kommission im Zuge der rechtlichen Analyse, dass spätestens seit dem 26. Januar 2024, dem Datum der ersten Anordnung einstweiliger Maßnahmen durch den Internationalen Gerichtshof, allen Vertragsstaaten der Völkermordkonvention sowie auch allen anderen Staaten die ernsthafte Gefahr bekannt sein musste, dass ein Völkermord begangen wurde oder unmittelbar bevorstand.

Damit bestand die Pflicht zur Verhinderung des Völkermordes. Deutschland verletzte diese Pflicht und genehmigte zwischen Oktober 2023 und Oktober 2025 Lieferungen von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern an den Staat Israel in Höhe von rund 500.000.000 €. Darunter befanden sich unter anderem für den Häuserkampf verwendete Panzerabwehrwaffen, Kampfdrohnen,

Hunderttausende Stück an Munition für Maschinengewehre. Wie die Verteidiger der Ulm5 aus Verfahren wissen, die aus Gaza stammende Kläger gegen die Unterstützung des Genozids von deutschem Boden aus anstrengen, bietet das deutsche Recht für diese Betroffenen keinen juristischen Weg. Die Verteidigung begründet mit diesem Mangel im deutschen Rechtssystem die Berechtigung zur Notwehr.

palaestinakomitee-stuttgart.de

Rede von Attia vom Palästinakomitee Stuttgart am 27. Juli 2026 auf der Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude in Stammheim

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen,

vielen Dank dafür, dass ihr so zahlreich gekommen seid. Großen Dank besonders an die Berliner:innen und andere, die extra aus vielen Städten nach Stammheim gekommen sind.

Wir stehen hier, um unsere aktive Solidarität mit unseren Genoss:innen von *Ulm5* zu zeigen, die hier in Stammheim in einem Schauprozess kriminalisiert werden. Hier in Stammheim sollten eigentlich, wie im Nürnberger Prozess vor 81 Jahren, die Kriegsverbrecher und die Verantwortlichen für den Genozid an den Palästinenser:innen sowie die Unterstützer:innen dieser Verbrechen stehen. Die Freiheitskämpfer:innen, die *Ulm5*, die versuchten, diese Verbrechen zu verhindern, sollten sofort frei gelassen und der Prozess gegen sie gestoppt werden. Dieses Gefängnis hier in Stammheim ist ein historischer Ort, der für die Repression gegen viele steht, die für eine solidarische und gerechte Gesellschaft und gegen das zerstörerische kapitalistische System kämpften und kämpfen.

Hier in Stammheim grüßen wir alle politischen Gefangenen und besonders unsere Genoss:innen. Wir sagen euch, ihr seid nicht allein. Eure Standhaftigkeit gibt uns mehr Mut weiter zu kämpfen.

Hier im Stammheimer Gefängnis sind aber auch hunderte palästinensische Flüchtlinge aus Gaza, viele kurdische Jugendliche und Politiker:innen, die als Opfer der deutschen extremen Lebensbedingungen für Geflüchtete sowie der politischen Repression in Stammheim landeten. Sie sind Opfer der kapitalistischen Verhältnisse.

Die Gefangenen der *Ulm5*, Crow, Daniel, Leandra, Vi und Zo sind für uns Palästinenser genauso wie unsere palästinensischen Gefangenen, diejenigen, die für Gerechtigkeit und eine bessere Zukunft kämpfen.

Die Aktion der *Ulm5* gegen die israelische Rüstungsfirma *Elbit* in Ulm, richtete sich gegen den Hauptlieferanten der tödlichen Waffen für die israelische Armee in Gaza. *Elbit* produziert 80% der Kampfdrohnen und viele andere mörderischen Hightech-Waffen. Die Genoss:innen der *Ulm5* befinden sich inzwischen seit fast 11 Monaten unter verschärften Haftbedingungen im Gefängnis. Allein, dass die *Ulm5* wie schwere Gewalttäter mit Handschellen und Fußfesseln teils in stundenlanger Fahrt zu den Prozessterminen transportiert werden, zeigt, dass dieser Staat nichts aus der deutschen Geschichte gelernt hat.

Dies gilt besonders für die Generalstaatsanwaltschaft, die sich hinter die deutschen Unterstützer des Genozids stellt und in keiner Weise bereit ist, die Verwicklung von *Elbit Ulm* in den Genozid zu untersuchen. Sie wollen verhindern, dass die Verantwortlichen im deutschen Staat zur Rechenschaft gezogen werden für ihre Waffenlieferung und militärische Unterstützung des Staates Israel, die sie zu Mitschuldigen am Genozid macht.

In Palästina sind zur Zeit mehr als 10.000 palästinensische politische Gefangene in den israelischen Gefängnissen bzw. Konzentrationslagern. Unter ihnen sind weit mehr als 350 Kinder und 100 Frauen. Alle leben unter extremen Haftbedingungen. Tägliche Folter, Knappheit an Nahrung, Kälte, Verbot von Besuchen gehören zum Alltag. Viele wurden vergewaltigt, das gilt für Frauen und Männer. Seit Beginn des israelischen Genozids in Gaza sind 110 Gefangene gestorben durch Folter oder infolge von Verweigerung von medizinischer Behandlung. Das sind die mit Namen registrierten Fälle. Dazu kommen Hunderte Leichen, die an die Palästinenser in Gaza übergeben wurden ohne Namen. Die Leichen tragen Spuren von schwerer Misshandlung, zum Teil sind sie überhaupt nicht identifizierbar.

Das reicht der zionistischen Führung nicht. Sie haben die Todesstrafe mit deutlicher Mehrheit in der Knesset eingeführt. Sie gilt ausschließlich für die palästinensischen Gefangenen.

Der Staat Israel hat in seiner Geschichte mehr als 1 Million Palästinenser:innen gefangen genommen. Viele von ihnen haben mehr als 40 Jahren in zionistischen Gefängnissen verbracht. Die Bewegung für die Befreiung der palästinensischen Gefangenen und der Gefangenen weltweit war immer ein wesentlicher Teil des palästinensischen Widerstands.

Seit mehreren Tagen laufen tägliche Pogrome gegen palästinensische Dörfer und Städte in der Westbank von faschistischen Siedlern mit Unterstützung der israelischen Armee. Sie plündern und verbrennen Häuser und Moscheen und zerstören das Agrarland der palästinensischen Bauern mit dem Ziel, die Palästinenser:innen zu vertreiben. Die Methoden der zionistischen Siedler ähneln dem Vorgehen von SS und SA während der deutschen Nazi-herrschaft. Und die Täter haben ähnliche Ziele, die vollständige Zerstörung der palästinensischen Lebensgrundlagen und die vollständige ethnische Säuberung Palästinas.

In Gaza befinden sich 2 Millionen Menschen in einem Konzentrationslager auf engstem Raum, die israelische Armee hält den größten Teil besetzt, dort können sich keine Palästinenser aufhalten. Täglich wird bombardiert und der Genozid geht weiter. Die israelische Besatzung behindert die grundlegende Versorgung, den Menschen fehlt es an allem, fast alle leben in Zelten, selbst das Trinkwasser ist knapp, Verletzte und Kranke können nicht versorgt werden, das sind nur ein paar Fakten.

Verschweigen oder nur Beklagen all dieser Verhältnisse ist keine Perspektive, die einzige Lösung ist der Widerstand dagegen.

Gegen diese Verhältnisse haben die *Ulm5* gekämpft.

Freiheit für die *Ulm5* !

Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Es lebe die internationale Solidarität !